

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:312852-2017:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Heilbronn: Dienstleistungen von Ingenieurbüros  
2017/S 151-312852**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

Richtlinie 2014/24/EU

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

**I.1) Name und Adressen**

Regierungspräsidium Stuttgart – Dienstsitz Heilbronn – Landesbetrieb Gewässer – Referat 53.2  
Rollwagstraße 16  
Heilbronn  
74072  
Deutschland  
Kontaktstelle(n): Heiko Lehmann  
Telefon: +49 71316437-235  
E-Mail: [heiko.lehmann@rps.bwl.de](mailto:heiko.lehmann@rps.bwl.de)  
Fax: +49 71316437-201  
NUTS-Code: DE117

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <http://www.rp-stuttgart.de>

**I.2) Gemeinsame Beschaffung**

**I.3) Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: [www.vof.istw.de](http://www.vof.istw.de)

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

ISTW Planungsgesellschaft mbH  
Franckstraße 4  
Ludwigsburg  
71636  
Deutschland  
Telefon: +49 714124236-18  
E-Mail: [seitz@istw.de](mailto:seitz@istw.de)  
Fax: +49 714124236-99  
NUTS-Code: DE115

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <http://www.vof.istw.de>

Angebote oder Teilhmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

Regierungspräsidium Stuttgart – Dienstsitz Heilbronn – Landesbetrieb Gewässer – Referat 53.2  
Rollwagstraße 16  
Heilbronn  
74072

Deutschland  
Kontaktstelle(n): Heiko Lehmann  
Telefon: +49 71316437-235  
E-Mail: [heilo.lehmann@rps.bwl.de](mailto:heilo.lehmann@rps.bwl.de)  
Fax: +49 71316437-201  
NUTS-Code: DE117  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: [www.rp-stuttgart.de](http://www.rp-stuttgart.de)

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**  
Umwelt

## **Abschnitt II: Gegenstand**

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Ingenieurleistungen Hochwasserschutz Tauberbischofsheim Linke Seite.

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71300000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

In Tauberbischofsheim kam es durch Tauber (GIO) und Brehmbach bei Hochwasserereignissen mehrfach zu Ausuferungen und Überflutungen. Mit der „Flussgebietsuntersuchung Tauber“ wurde deshalb ein Konzept der Hochwasserabwehr entwickelt.

Darauf aufbauend wurden weitere Planungen veranlasst. Derzeit wird der Hochwasserschutz TBB rechte Seite zur Umsetzung vorbereitet (Baubeginn April 2018).

Für den Hochwasserschutz TBB linke Seite wird derzeit bis September 2017 die Genehmigungsplanung erstellt. Darauf aufbauend sollen jetzt die weiteren Planungsschritte für die Hochwasserschutzanlagen in der Ortslage Tauberbischofsheim eingeleitet werden. Die Leistungen von der Ausführungsplanung bis zur Dokumentation, inklusive der örtlichen Bauleitung sollen nun vergeben werden. Geplant sind Deiche, Hochwasserschutzmauern, mobile Verschlüsse, Begleitwege, Anlagen der Binnenentwässerung und ein Pumpwerk. Die Gesamtlänge der Schutzeinrichtungen beträgt ca. 3 km.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 520 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71310000

71320000

71322000

71322400

71327000  
71520000  
71521000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE11B  
Hauptort der Ausführung:  
Tauberbischofsheim.

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Ausgeschrieben werden folgende Ingenieurleistungen:

Ingenieurleistungen nach HOAI Teil 3 Objektplanungen, Abschnitt 3 – Ingenieurbauwerke mit den Leistungsphasen:

Lph.5: Ausführungsplanung,  
Lph.6: Vorbereitung der Vergabe,  
Lph.7: Mitwirkung bei der Vergabe,  
Lph.8: Bauoberleitung,  
Lph.9: Objektbetreuung.

Besondere Leistungen: Örtliche Bauüberwachung

Für die Bauteile: Dämme, Hochwasserschutzmauern, mobile Hochwasserschutzelemente sowie für das Pumpwerk der Binnenentwässerung.

Ingenieurleistungen nach HOAI Teil 4 Fachplanungen, Abschnitt 1 – Tragwerksplanung mit den Leistungsphasen:

Lph.5: Ausführungsplanung,  
Lph.6: Vorbereitung der Vergabe.

Besondere Leistungen: Objektüberwachung

Für die Bauteile: Dämme, Hochwasserschutzmauern, mobile Hochwasserschutzelemente sowie für das Pumpwerk der Binnenentwässerung.

Ingenieurleistungen nach HOAI Teil 4 Fachplanungen, Abschnitt 2 – Technische Ausrüstung mit den Leistungsphasen:

Lph.5: Ausführungsplanung,  
Lph.6: Vorbereitung der Vergabe,  
Lph.7: Mitwirkung bei der Vergabe,  
Lph.8: Objektüberwachung – Bauüberwachung,  
Lph.9: Objektbetreuung.

Für die Bauteile: Pumpwerk der Binnenentwässerung.

Weitere besondere Leistungen welche mit ausgeschrieben werden sollen:

— Bauablaufplanung.

Besondere Leistungen welche NICHT mit ausgeschrieben werden sollen sind u. a.:

— SiGeKo in Planung und Ausführung,  
— Baugrunderkundung (Organisation, Ausschreibung, Überwachung, Abrechnung),  
— Vermessungsleistungen,  
— Grünplanung, LBP, Planung von Ausgleichsmaßnahmen,  
— Planung Retentionsausgleich,  
— ökologische Baubegleitung,  
— Beweissicherung.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Bewertung des Projektteams – Planung hinsichtlich einer optimalen Leistungserfüllung / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Bewertung des Projektteams – Bauüberwachung – hinsichtlich einer optimalen Leistungserfüllung / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Organisation / Kapazitäten / Verfügbarkeit / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Gesamteindruck / Gewichtung: 10

Preis - Gewichtung: 20

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 520 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 05/03/2018

Ende: 25/06/2021

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 8

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Nennung und Beschreibung von vergleichbaren erbrachten Leistungen aus den letzten 5 Jahren.

1. Anzahl von fertiggestellten Ausführungsplanungen (Lph 5, § 43 HOAI) für eine Hochwasserschutzmaßnahme an einem Fließgewässer (nicht Rückhaltebecken o. ä.) mit einer durchgehenden Länge von mindestens 500 m bei der mindestens ein Schutzgrad von HQ100 erreicht wird und bei der die Erstellung eines Hochwasserschutzes im Vordergrund gestanden hat mit 12 %.

2. Anzahl von fertiggestellten Ausschreibungen (Lph 6+7, § 43 HOAI) für eine Hochwasserschutzmaßnahme an einem Fließgewässer (nicht Rückhaltebecken o. ä.) mit einer durchgehenden Länge von mindestens 500 m bei der mindestens ein Schutzgrad von HQ100 erreicht wird und bei der die Erstellung eines Hochwasserschutzes im Vordergrund gestanden hat mit 6 %.

3. Anzahl von durchgeführten Bauüberwachungen bestehend aus Bauoberleitung (Lph 8 § 43 HOAI) sowie örtlicher Bauüberwachung für eine Hochwasserschutzmaßnahme an einem Fließgewässer (nicht Rückhaltebecken o. ä.) mit einer durchgehenden Länge von mindestens 500 m bei der mindestens ein Schutzgrad von HQ100 erreicht wird und bei der die Erstellung eines Hochwasserschutzes im Vordergrund gestanden hat mit 12 %.

4. Anzahl von fertiggestellten Ausführungsplanungen (Lph 5, § 43 HOAI) für eine Hochwasserschutzmaßnahme an einem Fließgewässer (nicht Rückhaltebecken o. ä.) mit einer durchgehenden Länge von mindestens 500 m bei der mindestens ein Schutzgrad von HQ100 erreicht wird und bei der die Erstellung eines Hochwasserschutzes im Vordergrund gestanden hat. Die geplante Hochwasserschutzmaßnahme befindet sich mindestens zu 75 % im bebauten Bereich (Ortslage), also direkt zwischen Gewässer (ggf. Vorland) und angrenzender Bebauung (ggf. Wege zur Dammverteidigung) mit 18 %.

5. Anzahl von fertiggestellten Ausschreibungen (Lph 6+7, § 43 HOAI) für eine Hochwasserschutzmaßnahme an einem Fließgewässer (nicht Rückhaltebecken o. ä.) mit einer durchgehenden Länge von mindestens 500 m bei der mindestens ein Schutzgrad von HQ100 erreicht wird und bei der die Erstellung eines Hochwasserschutzes im Vordergrund gestanden hat. Die geplante Hochwasserschutzmaßnahme befindet sich mindestens zu 75 % im bebauten Bereich (Ortslage), also direkt zwischen Gewässer (ggf. Vorland) und angrenzender Bebauung (ggf. Wege zur Dammverteidigung) mit 9 %.

6. Anzahl von durchgeführten Bauüberwachungen bestehend aus Bauoberleitung (Lph 8, § 43 HOAI) sowie örtlicher Bauüberwachung für eine Hochwasserschutzmaßnahme an einem Fließgewässer (nicht Rückhaltebecken o. ä.) mit einer durchgehenden Länge von mindestens 500 m bei der mindestens ein Schutzgrad von HQ100 erreicht wird und bei der die Erstellung eines Hochwasserschutzes im Vordergrund gestanden hat. Die geplante Hochwasserschutzmaßnahme befindet sich mindestens zu 75 % im bebauten Bereich (Ortslage), also direkt zwischen Gewässer (ggf. Vorland) und angrenzender Bebauung (ggf. Wege zur Dammverteidigung) mit 18 %.

7. Anzahl von fertiggestellten Ausführungsplanungen (Lph 5, § 43 HOAI) für eine Hochwasserschutzmaßnahme mit mobilen Schutzeinrichtungen an einem Fließgewässer (nicht Rückhaltebecken o.ä.) bei der mindestens ein Schutzgrad von HQ100 erreicht wird mit 5 %.

8. Anzahl von durchgeführten Bauüberwachung bestehend aus Bauoberleitung (Lph 8, § 43 HOAI) sowie örtlicher Bauüberwachung für eine Hochwasserschutzmaßnahme mit mobilen Schutzeinrichtungen an einem Fließgewässer (nicht Rückhaltebecken o. ä.) bei der mindestens ein Schutzgrad von HQ100 erreicht wird mit 5 %.

9. Anzahl von fertiggestellten Ausführungsplanungen (Fachplanung Lph 5 nach § 55 HOAI) für ein Pumpwerk der Binnenentwässerung (oder vergleichbarem) mit einer Leistungsfähigkeit von mindestens 0,5 m<sup>3</sup>/s mit 7,5 %.

10. Anzahl von durchgeführten Bauüberwachungen (Fachplanung Lph 8, § 55 HOAI) für ein Pumpwerk der Binnenentwässerung (oder vergleichbarem) mit einer Leistungsfähigkeit von mindestens 0,5 m<sup>3</sup>/s mit 7,5 %.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

A) Vorlage eines aktuellen Nachweis (ausgestellt nach dem 1.1.2017) über die Rechtsform und die Unterschriftsberechtigung des Antragstellers – bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für alle Mitglieder (in der Regel durch Auszug aus dem Handelsregister – bei ausländischen Bewerbern durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des Herkunftslandes – bei Unternehmen die nicht zur Eintragung in ein Handelsregister o. ä. verpflichtet sind durch Eigenerklärung).

Aus dem Nachweis muss zweifelsfrei hervorgehen, dass die Person / die Personen welche den Antrag / die Erklärungen abgegeben haben berechtigt sind Rechtsgeschäfte für den Antragsteller zu tätigen.

B) Der Antrag muss eine Erklärung enthalten (bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für jedes Mitglied), dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 und § 124 GWB bestehen (Die geforderten Erklärungen sind in dem zur Verfügung stehenden Antragsmuster enthalten).

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die nachfolgend geforderten Erklärungen der Buchstaben B bis G sind in dem zur Verfügung stehenden Antragsmuster enthalten.

A) Nachweis (ausgestellt nach dem 1.1.2017) einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckung von mindestens 2 000 000 EUR bei Personenschäden und einer Deckung von 2 000 000 EUR bei Sach- und Vermögensschäden. Die Summen gelten je Schadensfall (zweifach maximiert). Die schriftliche Bestätigung der Versicherung des Antragstellers, die Berufshaftpflichtdeckung auf die geforderten Deckungssummen im Auftragsfall anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.

B) Bewerbungsgemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Fall der Angebotsbearbeitung erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind, in welcher der bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist und dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Ein Wechsel der Identität des Bewerbers oder der Bewerbungsgemeinschaft ist nicht zugelassen. Bei Auftragserteilung ist ein Nachweis über die Rechtsform und die gesamtschuldnerische Haftung vorzulegen.

C) Der Teilnahmeantrag muss eine Erklärung enthalten, ob der Bewerber mit anderen Unternehmen den Auftrag erbringen möchte und, wenn ja, wie die Aufteilung der Leistungserbringung erfolgt. Für solche Erklärungen wird ein entsprechendes Formular zur Verfügung gestellt. Spätestens vor Auftragserteilung ist durch eine Verpflichtungserklärung der dritten Unternehmen nachzuweisen, dass diese für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen.

D) Der Teilnahmeantrag muss eine Erklärung enthalten, ob der Bewerber über die dritten Unternehmen die auf Seiten des Antragstellers an der Ausführung beteiligt sein werden (Eignungsleihe). Für solche Erklärungen wird ein entsprechendes Formular zur Verfügung gestellt. Durch eine Verpflichtungserklärung der dritten Unternehmen ist nachzuweisen, dass diese für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen und im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Eignungsleihe mithaften.

E) Der Teilnahmeantrag muss eine Verpflichtungserklärung enthalten, für öffentliche Aufträge, welche vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden.

F) Erklärung über den Jahresumsatz (brutto) des Bewerbers in Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten 3 Geschäftsjahre.

G) Erklärung über die jährliche durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten Bewerbers in Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten 3 Geschäftsjahre.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu A) Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckung von mindestens 2 000 000 EUR bei Personenschäden und einer Deckung von 2 000 000 EUR bei Sach- und Vermögensschäden.

Zu B) Vollständige und unterzeichnete Erklärung aller Mitglieder der Bietergemeinschaft.

Zu C) Erklärung Unterauftragnehmer.

Zu D) Erklärung Eignungsleihe.

Zu E) Verpflichtungserklärung.

Zu F) Gefordert sind im Durchschnitt mindestens 380 000 EUR.

Zu G) Gefordert sind im Durchschnitt mindestens 3 Beschäftigte.

### III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Der Bewerber muss die eine Mindestanzahl von Fachkräften im Leistungsbereich der Ausschreibung benennen.

B) Der Bewerber muss die eine Mindestanzahl von Führungskräften für die technische Leitung im Leistungsbereich der Ausschreibung benennen.

C) Fachliche Eignung: Planungsleistungen von Hochwasserschutzmaßnahmen

D) Fachliche Eignung: Bauüberwachung von Hochwasserschutzmaßnahmen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu A1) Mindestens 2 Ingenieure (oder vergleichbar) mit jeweils mindestens 5-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung und Ausschreibung von Hochwasserschutzmaßnahmen an Fließgewässern.

Zu A2) Mindestens 2 Ingenieure (oder vergleichbar) mit jeweils mindestens 5-jähriger Berufserfahrung im Bereich Bauüberwachung von Hochwasserschutzmaßnahmen an Fließgewässern.

Zu B) Mindestens 1 Ingenieur (oder vergleichbar) mit mindestens 5-jähriger Berufserfahrung für den Bereich als Führungskraft für die technische Leitung.

Zu C) Mindestens eine Ausführungsplanung (Leistungsphase 5 der Objektplanung) einer Hochwasserschutzmaßnahme unmittelbar an einem Fließgewässer mit einer Länge von mindestens 200 m in den letzten 5 Jahren.

Zu D) Mindestens eine Bauüberwachung (Leistungsphase 8 der Objektplanung sowie örtliche Bauüberwachung) einer Hochwasserschutzmaßnahme unmittelbar an einem Fließgewässer mit einer Länge von mindestens 200 m in den letzten 5 Jahren.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Die Sprache im Projekt ist Deutsch.

Es gelten:

- Allgemeine Vertragsbestimmungen für Architekten-/Ingenieurleistungen – AVB (Boorberg Verlag 03/2016);
- Zusätzliche Vertragsbestimmungen für Architekten-/Ingenieurleistungen – ZVB -(Boorberg Verlag 03/2016);
- Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tarifreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tarifreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestarifreue- und Mindestlohngesetz – LTMG) – BVB Mindestentgelt --(Boorberg Verlag 03/2016).

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

**Abschnitt IV: Verfahren**

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 06/09/2017  
Ortszeit: 14:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 22/09/2017

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote)

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

A) Der Auftraggeber wird für den Bieter dessen Angebot beauftragt werden soll, ggf. also für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft, dritte Unternehmen (Eignungsleihe) oder Unterauftragnehmer, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt der Justiz anfordern;

B) Alle Erklärungen und Nachweise sind bis zum genannten Schlussstermin vorzulegen. Die ausschreibende Stelle behält sich vor, nicht eindeutige Informationen / Unterlagen im Zuge einer Aufklärung nachzufordern;

C) Bewerber werden gebeten ihren Teilnahmeantrag in Form des ausgefüllten Musterantrags samt der notwendigen Anlagen (siehe [www.vof.istw.de](http://www.vof.istw.de)) vorzulegen. Hierdurch wird das Ausfüllen erleichtert und Fehler beim Antragsteller vermieden;

D) Der Teilnahmeantrag muss mit rechtsverbindlicher Unterschrift versehen sein (original Unterschrift einer Person die nachweislich – siehe III.1.1- berechtigt ist Rechtsgeschäfte für den Bewerber zu tätigen, bzw. durch die von Bewerber- / Bietergemeinschaften bestimmte Person);

E) Alle Angaben des Antragstellers haben in deutscher Sprache zu erfolgen. Anderen Nachweisen oder Dokumenten sind Übersetzungen durch amtlich anerkannte Dolmetscher beizufügen. Ohne solche Übersetzungen können diese Unterlagen nicht berücksichtigt werden;

F) Unterlagen die über die ausdrücklich verlangten Angaben und Nachweise hinausgehen, sind nicht erwünscht und werden bei der Bewertung nicht berücksichtigt;

G) Die Antragsunterlagen sind ausschließlich in Papierform DIN A4 und auf dem Postweg einzureichen;

H) Die Antragsunterlagen sind mit der vorbereiteten Kennzeichnung (erhältlich auf der oben angegebenen Internetseite) zu versehen;

I) Die Antragsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber und werden nicht zurückgegeben;

J) Alle Fragen zum Verfahren werden ausschließlich schriftlich, per E-Mail an [seitz@istw.de](mailto:seitz@istw.de) angenommen. Eingegangene Fragen werden zentral beantwortet. Alle eingegangenen Fragen und die zugehörigen Antworten werden (anonym) auf der Internetseite der Ausschreibung allen Interessenten zur Verfügung gestellt. Dadurch haben alle Interessenten dieselben Informationen / Grundlagen für ihre Antragstellung. Auf anderem Weg eingehende Fragen werden nicht beantwortet, es wird immer auf den aufgezeigten Weg über die E-Mail verwiesen. Interessenten haben sich daher selbstständig über den aktuellen Stand dieses Dokuments und der Informationen auf der Internetseite zu informieren.



K) Im Zuge der bisherigen Bearbeitung des Projektes waren an der technischen Planung folgende Ingenieurbüros beteiligt:

— Walter + Partner GbR Beratende Ingenieure, Johannes Kepler Straße 1, 97941 Tauberbischofsheim;  
— ibu – Ingenieurgesellschaft für Bauwesen und Umwelttechnik mbH, Untere Torstraße 21, 97941 Tauberbischofsheim;  
— BGS Wasser – Brand Gerdes Sitzmann Wasserwirtschaft GmbH, Pfungstädter Straße 20, 64297 Darmstadt.  
Die erarbeiteten Unterlagen der Büros werden im Zuge des Verhandlungsverfahrens allen Bietern zur Verfügung gestellt, so dass alle vorhandenen Informationen den Bietern zu Verfügung stehen. Damit wird die Vorbefasstheit dieser Büros ausgeglichen. Die Büros werden nicht von diesem Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Die genannten Büros werden dabei nicht für das Verhandlungsverfahren vorab ausgewählt, sondern müssen sich – wie jeder andere Interessent – über den Teilnahmewettbewerb bewerben.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe  
Kapellenstr. 17

Karlsruhe

76131

Deutschland

Telefon: +49 721926-0

E-Mail: [poststelle@rpk.bwl.de](mailto:poststelle@rpk.bwl.de)

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Auszug aus: „Allgemeine Hinweise zur Anrufung der Vergabekammer“ der Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe, 76247 Karlsruhe vom 13.6.2016:

„Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf schriftlichen Antrag hin ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten durch Nichtbeachten von Vergabevorschriften geltend macht. Der Antrag ist gem. § 160 Abs. 3 Nr. 1-3 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen und in der Regel vor Anrufung der Kammer gerügt hat bzw., wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar waren, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe /Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat. Ferner ist ein Antrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Der Nachprüfungsantrag soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Er ist unverzüglich zu begründen (§ 161 Abs.1 GWB).“.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe  
Kapellenstr. 17

Karlsruhe

76131

Deutschland

Telefon: +49 721926-0

E-Mail: [poststelle@rpk.bwl.de](mailto:poststelle@rpk.bwl.de)

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: [www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html](http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html)

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
04/08/2017